

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

6 Ueber-Halle öffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Telefonnummern: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 656-58.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Telefonnummern: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Abonnementpreise: Durch den Verlag bezogen: M. 1.20 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne Transport; durch die Post bezogen: M. 1.25 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, mit Postzuschlag. Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabeämter, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Abonnenten keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Wertes.

Wegelompostfreie Deutsche Anzeigen M. 1.20, ausländische Anzeigen M. 1.80, örtliche Reklamen M. 1.—, auswärtige Reklamen M. 7.— für die erste Seite, halbe Seite oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unwiederholter Anzeigen entsprechender Nachschlag. — Schluß der Anzeigen am Freitag für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hansa 1371-1373.

Freitag, 11. März 1921.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 117. • 69. Jahrgang.

Militärpolizeigericht Wiesbaden. Verurteilung.

Im Jahre 1921, am 2. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, ist das Militärpolizeigericht Wiesbaden, einberufen auf Befehl des Herrn Kommandierenden Generals der 37. Infanterie-Division zur Ausnahme des Verfahrens gegen **Kindermann, Elise**, geboren am 9. August 1892 zu Niederbambosch, von Beruf Geschäftsinhaberin, wohnhaft in Wiesbaden, welche beschuldigt ist, daß sie ihre im Schaufenster ausgestellten Waren nicht mit Preisen versehen hatte, in öffentlicher Sitzung an gewöhnlicher Stelle zusammengetreten und hat folgende Entscheidung getroffen:

In Anbetracht dessen ist festgestellt worden, daß die Beschuldigte am 15. Februar 1921 unterlassen hatte, die im Schaufenster ihres Geschäfts zum größten Teil ausgestellten Gemüeswaren mit Preisen zu versehen.

In Anbetracht dessen wurde ihr die Vorladung zum Verhandlungstermin am 26. Februar 1921 bekanntgegeben und nicht erschienen ist.

In Anbetracht dessen, daß sie demnach den Artikel 29a der Verordnung Nr. 2 der Hohen interalliierten Rheinland-Kommission übertreten hat, verurteilt das Gericht **Kindermann, Elise**, zu hundert (100) M. Geldstrafe nebst den Kosten der öffentlichen Bekanntmachung der obengenannten Gründe und vorstehender Verurteilung vor Ablauf einer Woche in der Zeitung „Wiesbadener Tagblatt“ und zum öffentlichen Aushängen des gerichtlichen Urteils und seiner Begründung während dreißig Tage im Schaufenster ihres Geschäfts in Wiesbaden, Hermannstraße 23, und bestimmt, daß bei Nichtschluß der Geldstrafe innerhalb einer Frist, welche durch den Kommandierenden General der Division bestimmt wird, eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen tritt auf Grund des Gesetzes vom 22. Juli 1867.

Nachstehend die Artikel der obengenannten Verordnungen und Anweisungen der Militärbehörde:

Artikel 29a der Verordnung Nr. 2:

An allen zum Verkauf ausgesetzten Waren und Gebrauchsgegenständen muß der Verkaufspreis sichtbar vermerkt sein, und zwar in allen Ortschaften, in welchen sich eine französische Garnison oder der Sitz eines Delegierten der Hohen Interalliierten Rheinland-Kommission befindet, müssen sämtliche angedeuteten zum Verkauf ausgesetzten Waren mit sichtbaren Preisen versehen werden.

Verordnung des Oberbefehlshabers der französischen Rheinarmee.

Nr. 743 2/2 vom 17. November 1920.

Artikel 2:

Gemäß der Vorschriften des Artikels 29 bestimmt die Anordnung Nr. 2 der Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee folgendes: In allen Ortschaften, in welchen sich eine französische Garnison oder der Sitz eines Delegierten der Hohen Interalliierten Rheinland-Kommission befindet, müssen sämtliche angedeuteten zum Verkauf ausgesetzten Waren mit sichtbaren Preisen versehen werden.

Für richtiges Urteil:

Der Staatsanwalt.

Militärpolizeigericht Wiesbaden. Verurteilung.

Im Jahre 1921, am 2. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, ist das Militärpolizeigericht Wiesbaden, einberufen auf Befehl des Herrn Kommandierenden Generals der 37. Infanterie-Division zur Ausnahme des Verfahrens gegen **Schnee, Elise**, geboren am 28. April 1895 zu Wildenburg, von Beruf Händlerin, wohnhaft in Wiesbaden, welche beschuldigt ist, daß sie ihre im Schaufenster ausgestellten Waren nicht mit Preisen versehen hatte, in öffentlicher Sitzung an gewöhnlicher Stelle zusammengetreten und hat folgende Entscheidung getroffen:

In Anbetracht dessen ist festgestellt worden, daß die Beschuldigte am 14. Februar 1921 unterlassen hatte, die im Schaufenster ihres Geschäfts zum größten Teil ausgesetzten Waren mit Preisen zu versehen.

In Anbetracht dessen, daß sie demnach den Artikel 29a der Verordnung Nr. 2 der Hohen interalliierten Rheinland-Kommission übertreten hat, verurteilt das Gericht **Schnee, Elise**, zu hundert (100) M. Geldstrafe nebst den Kosten der öffentlichen Bekanntmachung der obengenannten Gründe und vorstehender Verurteilung vor Ablauf einer Woche in der Zeitung „Wiesbadener Tagblatt“ und zum öffentlichen Aushängen des gerichtlichen Urteils und seiner Begründung während dreißig (30) Tagen im Schaufenster ihres Geschäfts in Wiesbaden, Merkurstraße 13, und bestimmt, daß bei Nichtschluß der Geldstrafe innerhalb einer Frist, welche durch den Kommandierenden General der Division bestimmt wird, eine Gefängnisstrafe von zehn (10) Tagen tritt auf Grund des Gesetzes vom 22. Juli 1867.

Nachstehend die Artikel der obengenannten Verordnungen und Anweisungen der Militärbehörde:

Artikel 29a der Verordnung Nr. 2:

An allen zum Verkauf ausgesetzten Waren und Gebrauchsgegenständen muß der Verkaufspreis sichtbar vermerkt sein, und zwar in allen Ortschaften, in welchen sich eine französische Garnison oder der Sitz eines Delegierten der Hohen Interalliierten Rheinland-Kommission befindet, müssen sämtliche angedeuteten zum Verkauf ausgesetzten Waren mit sichtbaren Preisen versehen werden.

Verordnung des Oberbefehlshabers der französischen Rheinarmee.

Nr. 743 2/2 vom 17. November 1920.

Artikel 2:

Gemäß der Vorschriften des Artikels 29 bestimmt die Anordnung Nr. 2 der Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee folgendes: In allen Ortschaften, in welchen sich eine französische Garnison oder der Sitz eines Delegierten der Hohen Interalliierten Rheinland-Kommission befindet, müssen sämtliche angedeuteten zum Verkauf ausgesetzten Waren mit sichtbaren Preisen versehen werden.

Für richtiges Urteil:

Der Staatsanwalt.

Minister Simons' Bericht.

Br. Berlin, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Aus dem Reichstag erfahren wir: Mit außergewöhnlicher Spannung sieht man dem Bericht entgegen, den der heimgekehrte Reichsminister **Simons** dem Kabinett und dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags Donnerstag erstatten wird. Gilt es doch vor allem, das Dunkel zu lichten, das über den letzten Phasen der Londoner Konferenz lagert und die Begründung dafür zu hören, warum sich der Führer der deutschen Unterhändler zu einem letzten Angebot verhalten hat, das ganz erheblich über die Grenzen hinausgeht, die Schiedsrichtergesandtschaft, Reichsregierung und Parteiführer geogen hatten. Schon fordern die Unentschiedenen rechts und links wegen angeblicher Eigenmächtigkeit des Außenministers seinen Rücktritt. Aber das heißt einen Mann ungebührlich verurteilen, der sich des allgemeinen Vertrauens als deutscher Schlichter in ungewöhnlicher Nähe erfreute. Die Parteien der Mitte halten sich von solcher Voreiligkeit entschieden fern. Vor allem muß zunächst Minister **Simons** eingehend gehört und die Nachprüfung seiner Angebote mit größter Sachlichkeit und Ruhe durchgeführt werden.

Die Kontrolle der Alliierten im Rheinland.

Dr. Paris, 9. März. (Havas.) Der „Temps“ schreibt: Wir glauben, daß die Alliierten im Rheinland nicht nur die Zollkontrollen, sondern auch die Kontrolle der Bergwerke, der Forste, der Eisenbahnen und der Steuern im allgemeinen übernehmen sollten. Die Zölle, Bergwerke und Forste des besetzten Gebietes könnten zweifelslos der Reparationskasse nach Abzug aller Verwaltungskosten 400 Millionen Goldmark einbringen. Aus den Eisenbahnen und Steuern könnte man während der ersten zwei oder drei Jahre seinen Nutzen ziehen, denn die deutsche Geschäftsführung ist gegenwärtig schlecht, aber die Alliierten könnten da ein gutes Beispiel der Reorganisation geben, und sie könnten später den Nutzen ernten und dabei die Väter, die gegenwärtig auf den Rheinländern ruhen, ersatzlos gestalten.

Dr. Paris, 10. März. (Drahtbericht.) Wie Havas meldet, befragt der Bericht über die Vormittagsführung in London ausdrücklich, daß bis auf weiteres der Zoll im besetzten Gebiet nach dem gegenwärtigen deutschen Zolltarif erhoben wird.

Die Pariser Presse über die Fortsetzung der Zwangsmahnahmen.

Dr. Paris, 10. März. (Drahtbericht.) Havas meldet: Die Presse stellt mit Befriedigung fest, daß die Alliierten beschlossen haben, die Durchführung der Zwangsmahnahmen fortzusetzen, bis eine für die Entente befriedigende Lösung Platz gegriffen haben wird. Die Zeitungen sind der Ansicht, daß dieses Vorgehen den Deutschen zum Bewußtsein bringen werde, daß die Zeit für Verschiebungsversuche vorbei sei und das würde für die Alliierten, für Frankreich in erster Linie, eine wahre Erleichterung sein. — **Fertinax** bemerkt im „Echo de Paris“ u. a., wenn Deutschland seine Vertragspflichten erfüllt, wenn für die Zukunft unsere Sicherheit gewährleistet wird, so wird das linke Rheinufer an seine ehemaligen Herren zurückgegeben werden.

General Allan und Herr Tirard.

Dr. Paris, 10. März. (Drahtbericht.) Havas verbreitet folgende Meldung: Einem Berichterstatter gegenüber erklärte General **Allan**, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungstruppen in Koblenz, Herr **Tirard** und ich arbeiten nicht nur Schulter an Schulter, sondern wir sind wirklich ein Herz und eine Seele. Und so kommt es, daß wir stets und ständig zu einer Verständigung gelangen. Alle Maßnahmen in den vier Besatzungsabschnitten der vier alliierten Nationen werden nach einheitlichen Grundsätzen vorgenommen. Es herrscht eine einheitliche interalliierte Regelung, die in vollständiger Übereinstimmung arbeitet und in dem gleichen Geiste. Es ist heute das erste Mal, daß die amerikanischen Truppen nicht das gleiche tun wie die Truppen der Schwesternationen, aber die Truppen sind nicht sehr weit und immer noch weht ihre Fahne Seite an Seite mit der französischen Fahne. Ich meinerseits hoffe, daß sie noch lange dort wehen wird.

Die amerikanischen Truppen bleiben bis zur Regelung der Reparationsfrage.

Dr. London, 9. März. (Havas.) Die englischen Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus Washington, das besagt, daß die amerikanischen Truppen am Rhein bleiben, bis die Reparationsfrage geregelt sei. **Harding** hatte die Absicht, sie sofort nach seinem Amtsantritt zurückzuberufen, er glaubt jedoch, daß unter den gegenwärtigen Umständen diese Zurückziehung von den Alliierten ungünstig aufgenommen werden könne. Immerhin werden die amerikanischen Truppen nicht an den weiteren gestern begonnenen Besatzungen teilnehmen.

Holländische Befürchtungen.

Dr. London, 10. März. Einem Exchange-Meldung aus Amsterdam zufolge sind die holländischen Handelskreise sehr in Sorge wegen der neuen Krise in der internationalen Politik, da sie eine ernstliche Schädigung des holländischen Handels, besonders in der **Rohlenz** zu fürchtet aus Deutschland nach Holland, befürchten.

Die Regierungsbildung in Preußen

Der neugewählte preussische Landtag ist am Donnerstag in Berlin zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten, zuerst beschäftigte er sich mit der Wahl seiner Präsidenten und seines Vorstandes. Wichtiger jedoch als das, was im Plenum vor sich geht, wird das sein, was sich inzwischen hinter den Kulissen abspielt. Der Vorhang wird ja jetzt schon etwas gelüftet. Aber man kann nicht behaupten, daß es ein erhebendes Schauspiel sei, was sich dem Auge darbietet. Die Sozialdemokratie, die noch auf ihrem Kasseler Parteitage starke unitarische Ansätze zeigte, ist in Preußen in einem Maße partikularistisch geworden, daß man es schon nicht mehr versteht, wie eine einheitliche Partei solche partikularistischen Ergebnisse vertragen kann. Das wird nur verständlich durch die nicht minder unklare und völlig unzulängliche Politik der Mehrheitssozialisten im Reich. Man sollte meinen, daß die Anregung, auf Bildung einer Regierung der nationalen Zusammenfassung, die sich von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen erstreckt, in dieser Zeit weitgehendes Verständnis finden würde. Die Sozialisten sehen aber nur darauf, daß ihr Parteitag gut fährt. Alles andere scheint ihnen eine Frage von untergeordneter Bedeutung zu sein. Der „Vorwärts“ lehnt erneut den Eintritt der Mehrheitssozialdemokratie in die Reichsregierung glatt ab. Er begründet diese Haltung mit der jetzigen parlamentarischen Konstellation und der bisherigen Ententepolitik. Für die letztere trägt die Sozialdemokratie genau so viel oder so wenig Verantwortung wie die anderen Parteien auch. Wenn aber das sozialistische Zentralorgan von einem außenpolitisch vollständig verfahrenen Karren spricht, so muß doch mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß, wenn der deutsche Reichscharakter außenpolitisch verfahren ist, gerade die Sozialdemokratie ihr gerüttelt Teil Schuld daran hat. Es geht nicht an, daß die Sozialisten sich jetzt mit so plumpen Ausflüchten der Verantwortung entziehen. Die Konstellation im Reich mag ideal sein oder nicht, aber es genügt nicht, wenn die Mehrheitssozialdemokratie bei gleichzeitiger Austritt der Volkspartei in die Regierung zurückkehrt, dadurch eine Mehrheitsregierung zu schaffen. Die Stärkeverhältnisse im Reichstag liegen heute so, daß Volkspartei und Mehrheitssozialisten in einer Regierung der Mitte ver-

treten sein müssen, wenn diese Regierung sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen soll. Es ist zuzugeden, daß auch zahlreiche Kreise der Volkspartei sich jetzt der Verantwortung entziehen möchten und bereits mit den Deutschnationalen zu liebäugeln beginnen. Auch hier spricht lediglich die Parteispaltung mit. Daher erscheint es dringend notwendig, daß die Wähler den Parteioptimismus in seine Schranken weisen.

Die preussische Sozialdemokratie hat durch ihre Entschließung, auf keinen Fall mit der Volkspartei eine Regierung zu bilden, den Karren in Preußen gründlich verfahren. Sie arbeitet durch eine solche Politik gerade den volksparteilichen Kreisen in die Hände, die eine erneute enge Verbindung mit den Deutschnationalen anstreben. Das uns das außen- und innenpolitisch in dieser Zeit nicht weiter bringen würde, ist natürlich auch den sozialdemokratischen Führern klar. Um einer Zusammenarbeit mit der Volkspartei zu entgehen, würden die Sozialisten lieber in Preußen ganz auscheiden und einer Rechtsregierung das Feld überlassen. Die „Kreuzzeitung“ arbeitet unentwegt für diese Rechtsregierung und rechnet bereits mit Einschluß des Zentrums, der Welfen und Wilden eine Mandatszahl von 229 Sitzen heraus. Diese **Milchmädchenrechnung** ist gewiß nicht sehr ernst zu nehmen; denn Deutsche Volkspartei und Welfen würden bei ihrem alten Gegenpart kaum unter einen Hut zu bringen sein, zumal wenn die ganze Mehrheit an den welfischen Stimmen hängt. Aber es ist nicht zu leugnen, daß die Sozialdemokratie durch ihre Eigenständigkeit das Zentrum nach rechts treibt und den „Kreuzzeitung“-Männern in die Hände arbeitet. Dabei muß jeder Einsichtige wissen, daß eine Rechtsregierung in Preußen oder im Reich heute ein nationales Unglück bedeuten würde. Eine Homogenität zwischen Reichsregierung und preussischer Regierung ist aber gerade in dieser Zeit nationalen Dunkels dringend notwendig, denn gegenüber parteioffiziellen und partikularistischen Auswüchsen muß eine Politik der Sachlichkeit und des nationaldeutschen Wohlergehens getrieben werden!

Die Ententeschulden an Amerika.

Dr. London, 10. März. (Eig. Drahtbericht.) Der amerikanische Finanzminister **Mellon** gab bekannt, die Anleihe-schulden der Entente in Amerika, die auf 10 Milliarden Dollar veranschlagt werden, in der Weise zu konolidieren, daß die Amortisation auf 50 Jahre verteilt werde.

Die Ziele der Sanktionen.

Dz. Paris, 10. März. (Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in London meldet: Lloyd George und mit ihm ein großer Teil der öffentlichen Meinung seien in der unangenehmsten Weise berührt von den Urteilen, die in den französischen Blättern erschienen seien und in denen von der zukünftigen Annexion des linken Rheinufers als einem der Ziele der französischen Politik gesprochen werde. Der englische Ministerpräsident hatte sofort, unterstützt durch den Grafen Sforza, über diesen Gegenstand eine längere Auseinandersetzung mit dem französischen Ministerpräsidenten. Ferner wurde über die Abgabe der eingeführten deutschen Waren, die Lloyd George morgen vor dem Unterhaus vertreten muß, gesprochen. Die Antwort Briands habe klar gelautet, die französische Politik zielt nur auf die Ausführung der Verträge, nicht aber auf die Annexion hin. Briand erklärte jedoch, er hoffe, daß man nicht nur Deutschland zwingen wolle, das Abkommen von Paris zu unterzeichnen, sondern daß die Maßnahmen solange in Kraft bleiben würden, bis ein befriedigendes Abkommen nicht nur über die Ausführung der Reparation, sondern auch über die Bestrafung der Kriegsschuldigen getroffen worden sei.

Dz. Paris, 10. März. Reuter veröffentlicht eine Note, in der besonders hervorgehoben wird, daß Lloyd George gestern auf gewisse Kommentare der französischen Presse hingewiesen habe, in denen gesagt wurde, die Errichtung einer neuen Zollgrenze am Rhein könne als Anfang, wenn nicht der Annexion der Rheinlande, so doch einer Trennung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland aufgefaßt werden. Aus diesem Grunde scheine es, daß ein gewisser Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich die letzten Entscheidungen der Londoner Konferenz als einen Erfolg der separatistischen Tendenz auffasse. Lloyd George habe ferner gesagt, obwohl er vollkommeneres Vertrauen zu Briand habe und zur Vernunft der Mehrheit seiner Landsleute, und obwohl er die Versicherungen Clemenceaus sowohl wie die Millerands befreibe, müsse er trotzdem eine neue und endgültige Versicherung des Ministerpräsidenten Briands erhalten, daß Frankreich weder eine Annexion noch die Autonomie der Rheinlande ins Auge fasse. Briand habe formell erklärt, daß unter den verantwortlichen französischen Staatsmännern kein derartiger Gedanke vorgeherrschet habe, und er habe hinzugefügt, es gebe von 100 Franzosen nicht 5, die etwas Detartiges träumten. Lloyd George habe in seiner Antwort gesagt, er sei sehr glücklich über diese Versicherung, und habe hinzugefügt, daß er persönlich niemals einen Zweifel über die Haltung des französischen Ministerpräsidenten nach dieser Richtung gehegt habe.

Wie Pertinax im „Echo de Paris“ mitteilt, haben die gestrigen Verhandlungen in London ergeben, daß weder Belgien noch Italien noch Japan die ernsthafte Absicht haben, die Maßnahmen hinsichtlich der Beschlagnahme eines Teiles der Verkaufswerte der deutschen Einfuhrwaren durchzuführen. Die Belgier hätten auf den Transitverkehr hingewiesen, der für den Hafen von Antwerpen notwendig sei. Infolgedessen sei beschlossen worden, hinsichtlich der Ausführung dieser Maßnahmen eine weitestgehende Auslegung zuzulassen. Es wurde — nach Pertinax — ferner bestimmt, daß jedes Land den Ertrag dieser Steuer für sich erhalten soll. Endlich ist beschlossen worden, die jetzt besetzten Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort in die Zollgrenze einzuschließen. Diese Zollgrenze soll verschwinden, sobald die Truppen aus Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort zurückgezogen werden.

Das Marienkind.

Roman von H. Kroll.

Im geheimen dachte sie über die Bedeutung des Kindes nach, den der Graf im Vorüberstreifen auf ihr hatte ruhen lassen. Schenkte auch er ihr Aufmerksamkeit, weil er wußte, daß Koll Merzhunzen sich für sie interessierte?

Die Unterhaltung, soweit im Brausen und Zerrn des Sturmes von einer solchen die Rede sein konnte, wurde nur von Thede geführt. Waldemar Herter sprach wenig und schien beinahe in seine frühere untröstliche Stimmung zurückversunken.

Das machte, er fühlte mit der Heißhererei seines Zustandes, daß Marie nicht mit ihrem ganzen Selbst bei ihnen war.

Unwillkürlich spähte sie jeder in der Ferne auftauchenden Person entgegen und glaubte wiederholt, Koll zu erblicken, doch er war es niemals.

„Das könnte sie doch schon wissen“, dachte Herter, der das ahnte, daß das ein Zimmermensch ist, dem es nicht einfällt, sich überflüssigerweise schlechtem Wetter auszuweichen. Der sieht irgendwo gut geborgen, im Kaffeehaus oder bei einer jungen Dame.“

Auch Marie teilte sich schließlich diese Überzeugung mit: Der Messor sah schön warm bei der rotblonden Baroness. Nach dem konnte man sich lange die Augen ausguden.

So herrlich sie das Meer im Sturm auch gefunden hatte, sie lehnte doch enttäuscht heim.

Nach einem Tag dauerte das stürmische und regnerische Wetter, Zeit genug für Marie, um sich über alles klar zu werden. Klar, daß Koll Merzhunzen auf die Tatsache ihrer unaufgeklärten Geburt mehr Gewicht legte, als sie jemals für möglich gehalten hatte. Er würde sich nicht darüber hinwegsetzen.

Und sollte sie das überhaupt wünschen?

Ja, sie wünschte, daß er den Entschluß aufbrächte;

Verückung der Italienreise des belgischen Königspaares.

Dz. Paris, 10. März. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Matin“ aus Brüssel ist die Reise des belgischen Königspaares nach Italien auf einen späteren, bisher noch nicht bestimmten Termin verschoben worden.

Die Ermordung Datos.

Dz. Madrid, 9. März. (Havas.) Die Leiche Datos wurde in den Abendstunden nach seiner Wohnung übergeführt und aufgebahrt. Dort saßen Persönlichkeiten aus der Gesellschaft, die Minister, Senatoren, Abgeordnete und das diplomatische Korps an dem Sarge vorbei. Ununterbrochen wurden Messen geleitet. Das Herzherpaar erschien in den Morgenstunden, wobei eine Weile bei der Familie sein Beisein aus und zog sich schließlich zurück. Die Familie wollte ein, daß Dato im Krankenhaus beigesetzt werde. Dem Verbliebenen werden die militärischen Ehren wie einem Generalfeldmarschall und Oberbefehlshaber erteilt werden. — Dem Ansehen nach war der Anschlag auf das sorgfältigste vorbereitet worden. Schon letzten Samstag waren zwei Motorradfahrer lange dem Kraftwagen des Ministerpräsidenten gefolgt. — Die Zeitungen veröffentlichten ein Telegramm aus Arranjes, 20 Kilometer südlich von Madrid, wonach ein Motorrad, das in größter Geschwindigkeit fuhr, umgekehrt sei. Die Insassen sollten alle verunglückt sein. Die Polizei begab sich sofort nach Arranjes. Ein Adjutant Datos erklärte, daß er davon unterrichtet war, daß ein Anschlag gegen ihn und den König vorbereitet wurde. Als der Adjutant sich erbot, ihn überall zu begleiten, lehnte Dato dies ab und erklärte, er rechne schon mit einem baldigen Tode, das seien die Unannehmlichkeiten seines Berufes. Der Außenminister ist nach Madrid zurückgekehrt. Vicente Esa übernimmt an Stelle Datos das Ministerium. Es wurde Nationaltrauer für drei Tage vorgeschrieben. Die Presse beurteilt einstimmig den Anschlag.

Dz. Madrid, 10. März. (Havas.) Wie die Blätter melden, sind infolge des Nordanschlags auf Dato bereits 50 Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere Gewerkschaftler und Sozialisten u. a. die Journalisten Beci und Arenas. — Kammer und Senat haben ihre Sitzungen vertagt, bis die durch die Morde verursachte politische Lage gelöst ist.

Der Aufbruch in Rußland.

Dz. London, 10. März. Nach den letzten, hier eingetroffenen Meldungen aus Rußland sollen Trojky und Sinowjew ihr Hauptquartier in der Peter-Paulsinsel aufgeschlagen haben, wohin auch General Brussilow berufen worden sei, der zum Oberbefehlshaber ernannt worden sei.

Dz. Stockholm, 9. März. (Havas.) Nach den letzten Meldungen über die Lage in Rußland wurden die Aufstände in Moskau durch äußerst strenge Maßnahmen der Roten unterdrückt. Die Regierung glaubt sich genügend in Moskau gesichert, um einen Teil ihrer Truppen nach Petersburg abmarschieren zu lassen. In letzterer Stadt sollen die Streiks um sich gegriffen haben. Trotz der Befehle der Sowjets durchheilt die Menge die Straßen und verlangt die Freilassung der verhafteten Aufständischen. Kronstadt hat die Angriffe der bolschewistischen Truppen zurückgeschlagen.

Vordringen der türkischen Nationalisten bei Batam.

Dz. London, 10. März. Wie Reuter erzählt, sind in London aus englischer Quelle kommende Telegramme eingetroffen, wonach die türkischen Nationalisten jetzt bis 5 Meilen vor Batam vorgezogen sind. Die Soldaten sind 50 Meilen von der Stadt entfernt. Sie kommen von Norden und rücken von der Küste des Schwarzen Meeres her vor. Die Bolschewiken bringen außerdem längs der Eisenbahn Tiflis-Batum vor. Die Georger besitzen noch Kutais, wo sich gegenwärtig die Regierung befindet. — Aus Armenien liegen Berichte vor, wonach Erivan von Söldnern der bolschewistischen Streitkräfte angegriffen wird.

Eine neue mittelamerikanische Union.

D. New York, 10. März. (Fig. Drahtbericht.) Wie wir aus Panama erfahren, ist ein ständiger Ausschuss von Vertretern von Columbia, Ecuador und Venezuela eingesetzt worden zum Zweck der Vereinigung dieser drei Länder unter dem Namen Groß-Columbia nach dem Vorbild der USA-Staaten (Argentinien, Brasilien und Chile).

Wie wollte, daß sein Verhalten ihre Hinneigung zu ihm rechtfertigen solle.

Im übrigen aber hatte sie ihre Mutter zu bedenken, und es stand heute schon fest, sie mußten auseinandergehen.

Dann ging die Sonne wieder strahlend über dem Strande auf, und als die Kurgäste gleich ihr neuerdings zum Vorschein kamen, war alles wieder wie sonst. Die Strandhütten mit ihrem breiten Längstreifenfuder und den großen schwarzen Buchstaben aus ihrer Rückseite standen wieder auf dem Sande verstreut, und die Kinder tummelten sich noch zahlreicher als sonst da umher, denn das Meer hatte bei seinem Besuch auf dem Strand viel Muscheln und sonstige interessante Dinge zurückgelassen.

Martha konnte da ihre Sammlung vervollständigen, und so kam es, daß Marie, in deren Gesellschaft sie sich befand, sie nach und nach hinter sich ließ und allein weiterging.

Nachdem man tagelang nur Regen- und Wettermäntel gesehen hatte, kam Marie heute die Menschheit in ihrem lichten Sommeranzug ganz festlich vor, und der Strand erglänzte wie frisch gewaschen.

Die Sonne brachte augenscheinlich alles Verschwundene wieder, denn unter den Pöhlen der Kaiser-Wilhelm-Brücke sah Marie Koll Merzhunzen auf sich zukommen. Auch von seinem Gesicht war der Schlechtwetterausdruck verschwunden. Nur ein gewisser Ernst sprach noch aus seinen Mienen.

Marie fühlte bei seinem Erblicken, daß sie vor einer Entscheidung standen.

„Gnädiges Fräulein!“ begrüßte Koll sie beinahe feierlich. „Fräulein Marie!“

Langsam ging ein freundliches Strahlen in seinen Mienen auf. Ihr Anblick tat ihm wohl, wärmete ihn das Herz, und auch Marie fühlte, daß eine bleierne Last, die ihr tagelang auf dem Herzen gelegen hatte, zu Boden sank.

„Sie waren ja wie in den Erdboden verschwunden“, jagte Marie.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Dz. Breslau, 10. März. Der Durchtransport der abstimmungsberechtigten Oberschlesier durch Breslau begann in dieser Nacht. Die Arbeitsgemeinschaft hatte zum Empfang und zur Verpflegung der Durchziehenden die umfangreichsten Vorbereitungen getroffen. Viele Tausende von freiwilligen Damen und Herren, Studenten der Universität und Technischen Hochschule, Schüler der Gewerkschule und anderer Anstalten stellten sich in freiwilliger Weise der Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung, so daß sie arbeitsfähig, bis in die kleinsten Einzelheiten genaue Einrichtungen schaffen konnten. Um 2 Uhr morgens lief der erste von Duisburg-Köln kommende Abstimmungszug im festlich geschmückten Hauptbahnhof ein, wo er mit Hochrufen und Musik empfangen wurde. Er brachte über 500 Abstimmungsbesitzende, darunter Wälder mit Säuglingen. Bei Empfang wurden Ansprachen gehalten, in denen Oberschlesien und das ganze deutsche Vaterland gewürdigt wurden. Nach einhelligem Aufenthalt lehnte der Zug unter den Klängen von Musik die Fahrt nach Oberschlesien fort. Gegen 4 Uhr früh kam der zweite Zug an, dessen Insassen in gleicher Weise empfangen wurden. Am ganzen werden etwa 10000 Heimatleute auf der Fahrt zur Abstimmung Breslau passieren.

Dz. Breslau, 9. März. Über den Verkehr in Oberschlesien teilt die Eisenbahndirektion mit: Vom 8. bis 31. März wird in den Schnell- und Personenzügen des öffentlichen Verkehrs zur Unterbindung des Balkenschmuggels auf den Übergangsstationen des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes eine scharfe Untersuchung des Gepäcks der Reisenden stattfinden. Das reisende Publikum wird ersucht, sich auf den Übergangsstationen mit dem Gehülfe zum Gepäc am Gepäckwagen einzufinden und auf der Station das Gepäc möglichst bald abzuholen. Es empfiehlt sich, daß die Reisenden bei den Fahrten möglichst mit demselben Zug reisen, mit dem das Gepäc befördert wird. Als Übergangsstationen kommen Deutsch-Waldau, Comradshaus, Opelen, Opelen und Danner, Koldau und Krobuch in Frage. Die Einschränkung des öffentlichen Personenzverkehrs wird von der Eisenbahndirektion nicht in Aussicht genommen. Abstimmungsberechtigte, die auf Grund von Fahrplänen des deutschen Schutzbundes in den Sonderzügen oder Zügen des öffentlichen Verkehrs nach dem ober-schlesischen Abstimmungsgebiet fahren, dürfen kein Reisegepäck zur Beförderung im Gepäckwagen aufgeben. Ihnen ist nur die Mitnahme von Handgepäck in dem Abteil der Personenzüge gestattet.

Die Verteuerung der Postgebühren.

Dr. Berlin, 10. März. (Fig. Drahtbericht.) Im außerordentlichen Reichstagsausschuss wurde gestern die Generaldebatte über die neuen Postgebühren begonnen. Der Minister wies darauf hin, daß nur durch deren Erhöhung der Defizit ausgeglichen werden könne. Ein deutschnationaler Antrag, die Gebühren für das Land herabzusetzen und die Privatposten wieder einzuführen, wurde vom Minister zurückgewiesen. Von allen Parteien wurde die Wiedererrichtung des Ortspostens gefordert. Die Demokraten Debus und Vid brachten einen Antrag ein, daß die Postartengebühr im Ort, und Nachbarschaftsgebiete 30 Pf., die Briefgebühren bis 20 Gramm 40 Pf., bis 300 Gramm 50 Pf., bis 500 Gramm 60 Pf. betragen soll. Ferner soll für die Druckfachen in Kartentform ein 10-Pf.-Tarif eingeführt werden und der Verteilung für das Häcker bis zu 1 Kilogramm nicht 2 M., sondern nur 1,50 M. betragen. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Die strittige Insel Yap.

D. Paris, 10. März. (Fig. Drahtbericht.) Der japanische Außenminister erklärte in der Kammer über die Streitfrage wegen der Insel Yap, daß Amerika im Jahre 1919 bei der Mondatverteilung im Obersten Rat keinen Vorbehalt gemacht und Wilson niemals eine Note mit Japan in dieser Frage gewechselt habe. Amerika habe deshalb kein Recht zu einem Einspruch gegen Japans Kanbat über die Insel Yap.

Eine internationale Konferenz des Proletariats.

Dz. Paris, 9. März. In der „Humanität“ wird eine in der gestrigen Sitzung des Parteivorstandes der kommunistischen Partei gefasste Entschließung veröffentlicht, nach der in der Kammer und in öffentlichen Versammlungen eine energische Propaganda zum Protest gegen die Kriegsgelahr entfaßt werden und ein Komitee der Wachsamkeit aus der Partei, dem Verband der Gewerkschaften und den revolutionären Organen gebildet werden soll. Außerdem ist beschlossen worden, in kürzester Frist eine internationale Konferenz einzuberufen, um ein gemeinsames Vorgehen des französischen, deutsch-, englischen und italienischen Proletariats herbeizuführen.

Es lag kaum ein Schimmer von Vorwurf in ihrem Ton, aber er entging Koll doch nicht.

„Meine Mama war diese Lage her etwas leidend“, entschuldigte er sich.

Dem mochte ja so sein, aber doch war Marie sicher, daß er hätte kommen können, wenn er ernstlich gewollt hätte. Aber er hatte sich wohl nicht entschließen können, kämpfte noch. Nun war er da. Das sprach schon genug für seinen Entschluß.

Wie ein Olguh glänzend auf stürmische Wogen wirft, so beruhigte Kolls Erscheinen die Kolllosigkeit in Marias Wesen, und sie fühlte das Gleichgewicht in ihre Seele zurückkehren.

Ihre Teilnahme, das zarte, noch unentwickelte Blühen ihres Herzens sollte doch nicht einem trockenen, verstandesfüllen Weltmenschen ohne Fähigkeit der Hingabe gegolten haben.

„Solche Sturmtage an der Küste sind so recht als verlorene Lebenstage zu betrachten“, meinte Koll.

„Nicht so ganz“, lächelte Marie ein. „Aber wir haben diese Tage freilich verloren. Sie gehörten ja doch schon zu den letzten meines Aufenthalts hier.“

„Reisen auch Sie bald ab?“

„In wenigen Tagen. Die Mutter will nicht länger bleiben als die ursprünglich in Aussicht genommenen vier Wochen. Sie sehnt sich zurück in eine ihr vertrautere Gegend. Die Mutter mag eben nicht das Große und Erhabene in der Natur, das ja nebenbei auch immer das Furchtbare ist. Es schreckt und überwältigt sie. Die Seen sind nicht so furchtgebietend wie die See. Sie ist erst hier zur Einsicht gekommen, wie schön es am Übersee ist, sagt sie.“

Koll lächelte kurz auf. „Auch mein Aufenthalt währt nur mehr einige Tage“, bemerkte er.

„Also da gehen wir bald auseinander.“

„Aber doch nicht — für immer?“ fragte Koll stockend.

Ihre Augen trafen sich und sein Blick unterstützte seine Worte.

„Fräulein Marie, gehen Sie mit der Erlaubnis, Sie in Wien aufzusuchen und mit Ihrem Herrn Vater zu

(82. Fortsetzung.)

Kochbuch beachten.

Wiesbadener Nachrichten.

Zur Erforschung und Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler.

Dem 21. Jahresbericht der Bezirkskommission zur Erforschung und Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler im Verwaltungsbezirk Wiesbaden für das Jahr 1920 ist zu entnehmen: Auch im Jahre 1920 hat die vor dem Kriege übliche Sitzung der Bezirkskommission nicht stattgefunden. Von den Vorsitzenden der Bezirkskommission für Denkmalspflege sind außer Geh. Justizrat Dr. Dumler (Frankfurt) und Bauamt-Direktor Ritter (Frankfurt) durch Tod ausgeschieden. Generalsekretär Dr. Döhler (Limburg) und am 24. Januar 1921 der Bezirksinspektor Geh. Bauamt-Ludmer (Frankfurt). Eine Ergänzung für die ausgeschiedenen hat noch nicht stattgefunden. Im Berichtsjahr 1920 kamen von früheren Bewilligungen keine Beihilfen zur Auszahlung. Die in 1915 zur Instandsetzung des Hauses Johann Weg 2. in Oberliefenbach im Kreis St. Goarshausen bewilligte Summe wurde nicht ausgezahlt, weil von der Instandsetzung des Hauses kein Befehl mit Rücksicht auf die Teuerung Abstand genommen hat. Der in 1916 für die Erneuerung des Chorfensters der evangelischen Kirche zu Gemünden im Kreis Weiskirchen die einjährige Kantonsdienstzeit bewilligte Zuschuß von 600 M. wurde durch Landesauszahlung auf 1100 M. erhöht. Zur Instandsetzung des alten Rathauses zu Weinähr wurde ein weiterer Zuschuß zur Deckung der Restkosten bewilligt und bezahlt. Neu bewilligt wurden ferner im Berichtsjahr: Zur Instandsetzung der beiden alten Marmorbrunnen am Lindenplatz und Marktplatz in Geisenheim, sowie zu den Kosten des Erlasses der alten St. Menomastatue und einer Christusfigur dorthin zu den bereits bewilligten Kosten von 1000 M. ein weiterer Zuschuß von 700 M.; zur Instandsetzung des Südbach'schen Hauses zu Berganshausen 1000 M. und für das Wohnhaus des Johann Reinhardt zu Marzeim 300 M., und zur Instandsetzung der evangelischen Kirche in Holzhausen im Kreis Biedenkopf 700 M. Im Jahre 1920 hat der Bezirksinspektor u. a. gegen die Forderungen, die in den vergangenen Jahren mit nicht unerheblichen Kosten hergestellten Brunnen am Schloß in Badmar zu städtischen Wohnräumen heranzuziehen energisch Verwahrung eingelegt, mit Erfolg. Der Bezirksinspektor hat weiter keinen Fall erteilt bei den Arbeiten des ehemaligen Klosters Arnstein im Gebiet der Unterlahn, das seiner Arbeitsunterbrechung der Kongregation der Heiligen Betzen zuzuschreiben würde. Die inzwischen geleisteten Arbeiten, die das frühere Abisshaus, die Kirche und einige anstößende Nebengebäude dem neuen Zweck dienlich gemacht hatten, wurden vom Bezirksinspektor beibehalten und für weitere Fortarbeitungen freigegeben, die sich auf das Wälderhaus, den Wohnsitz der Mönche und Anordnungen im Innern der Kirche bezogen. Die Fortsetzung der Arbeiten wird nach den bisherigen durch die Verhältnisse gegebenen Grundrissen weitergeführt, alle nicht unbedingt notwendigen Änderungen im Augenblick der Maßnahmen sowie in der inneren Raumgestaltung zu vermeiden. In diesem Sinne wurden auch Einseitigkeiten des erst später zur Bearbeitung kommenden Restprojekts schon jetzt grundrisslich festgelegt. Der Einseitigkeit einer beim Wälderhaus der Kirche 1908 errichteten Stube, gegen den Friedensjahr 1918, wurde die konformistische Zustimmung erteilt. Im Kloster Arnstein, so bemerkt der Bezirksinspektor Ludmer in seinem Bericht, den er wenige Stunden vor seinem Tod noch zu Papier gebracht, auf die Idee für die Zukunft einermachen seiner Arbeitsunterbrechung zuzuschreiben und der für seinen häuslichen Bestand durch Beruf und Satungen vernünftigen Konzeption anvertraut, und hat es damit ein denkbar günstiges Los unter den nachfolgenden Pautenmälern gesehen, so haben die letzten Zeiterhältnisse die Sorge um das dem Denkmalsteiner anvertraute Kunstgut in einem noch laum zu überlebenden Maße gestillt. Ihren besten Ausdruck findet diese Sorge in dem Erlass des Restaurators vom 28. Juni 1920, der das Selbstverständliche klar auspricht: Der verminderte Rest der für Erhaltung alter Kunstwerke bestimmten Mittel ist nur zum Bekken der ganz zu oken Erblüde unserer künstlerischen Vergangenheit zu verwenden, deren Untergang einen unerlässlichen Kulturverlust bedeuten würde. Bei der Klau von letzterer Art auch wohl nur den Dom zu Limburg und etwa als kunstgeschichtlichen Wertstein den Chor der Abteikirche von Marienstatt, so enthält es doch zwei frühromanische, im hohen Grad künstlerisch wertvolle Kirchen. Höchst u. M. und Mittelteil im Rheingau, deren Fiderung in erster Linie auf der Klau liegt. Schon für eine dieser beiden Arbeiten würden die leichter bewilligten Mittel kaum ausreichen. Woher die Hilfe für das, was noch viel tiefer im Volksgemüt wurzelt, für das Bauernhaus, die Dorfkirche, den Heimatklub, den Fehdehener, aber auch berühmteren Bruder der Denkmalspflege. Und gerade die Fehde ist es, die in Klau mit seinen bodenständigen, vollbegeisterten Einwohnern so viele Pflege und Beachtung verlangt und verdient.

Weitere Erhöhung der Gas-, Lichtstrom- und Wasserpreise.

Das Magistrats-Vorstand teilt uns u. a. mit: Die Preise, sagte Koss. „Sie werden sehen, ich bringe alles in Ordnung. Wenn ich ihm so recht eindringlich vorstelle, was für Sie und für mich von dieser Adoption abhängt...“

„Was hängt davon ab?“ fragte Marie in sonderbarem Tone.

„Einfach alles. Fräulein Marie, ich verehere Sie! Ja, lassen Sie mich es Ihnen hier unter Gottes freiem Himmel sagen: Ich liebe Sie so sehr, daß ich Ihnen mit Freuden jedes Opfer brächte. Aber das Opfer einer Schädigung meiner Karriere fielle ja auch auf Sie zurück, wenn unsere beiden Leben miteinander verbunden sind, nicht wahr? Und es ist überhaupt ein ganz überflüssiges Opfer. Wenn Sie den Namen Segler zu Recht tragen, ist allem Gerede vorgebeugt.“

„Dann bin ich eine Geborene?“ fragte Marie.

„Sie verstehen das nicht so, aber glauben Sie mir, die Adoption ist notwendig. Auf dieser Bedingung muß ich bestehen.“

Das Wort „Bedingung“ klang in Maries Ohr wie eine Kampfansage. Ein Liebender stellt keine Bedingungen, macht keinen Antrag mit einer Rückzugsklausel.

Das junge Mädchen richtete sich höher auf, und in ihren schwarzen Augen blickte es hochmütig. Jetzt war der Schnitt zwischen ihnen hindurchgegangen.

Sie sah ganz klar. Nicht heiße, ununterdrückbare Reizung hatte den Sieg davongetragen, sondern keine Gentleman-Empfindung. Es sollte nicht so aussehen, als ob er sich zurückzöge, weil sie nicht so viel Geld hatte, wie er gedacht. Aber so recht ernst war es ihm doch nicht, sonst schöbe er nicht gleich wieder ein Hindernis in den Weg, das ihrer aufgeklärten Anschauung als ein eingebildetes erschien.

„Herr v. Merkhusen“, antwortete sie festen Tones, „wenn ich erst für Sie zurechtgemacht werden muß, dann passe ich nicht für Sie. Und so ist es auch wirklich.“ Sie nickte mehrmals zur Bekräftigung ihrer Worte. „Wir zollen tatsächlich nicht zusammen. Zu viel ist uns

derzeitigen Preise für Wasser, Gas und Strom gelten hier seit Februar bzw. Mai vorigen Jahres. Unterdessen haben viele Städte, gezwungen durch gewaltige Preiserhöhungen für Betriebsstoffe und Materialien, Löhne und Gehälter sowie für Rückstellungen zur Erneuerung von Betriebsanlagen usw., die Preise weiter heraufgesetzt. Gleiche Gründe nötigen nun auch in Wiesbaden, die Preise zu ändern. Der Magistrat hat deshalb bei den Stadtverordneten nach eingehender Prüfung beantragt, den Wasserpreis von 55 M. auf 85 M. je Kubikmeter, den Gaspreis von 1.20 M. auf 1.50 M. je Kubikmeter und den Lichtstrompreis von 2.10 M. auf 3 M. je Kilowattstunde zu erhöhen. Die neuen Preise nähern sich dem Mittel aus den Januarpreisen von einer großen Zahl anderer Städte. Gasmeter- und Elektrizitätszählermiete wird bei Abgabe nach dem allgemeinen Tarif zukünftig nur noch erhoben, inwieweit ein noch näher zu bestimmender Mindestverbrauch nicht erreicht wird.

Brennstoffnot und Kohlenhändlerhandel. Das Kohlenamt schreibt uns: Eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Kohlenhändlerhandels veranlaßt uns, dem Publikum die folgenden Festimmungen des Magistrats über Brennstoffrationierung in Erinnerung zu bringen. Alle in Wiesbaden eingeführten Brennstoffe müssen dem Kohlenamt angemeldet werden. Brennstoffe im Sinne dieser Verordnung sind: Steinkohlen, Anthrazit, Eisenerz und Braunkohlen-Bröckeln, Rohbraunkohlen, Koks jeder Art. Außerdem alle Abfallprodukte, wie: Schlammstein, Koksasche, Generatorabfälle, Schlacken usw. Der freie Brennstoffhandel ist nur mit Kohlen, Holz und Torf gestattet. Der Brennstoff einführt und nicht zur Anmeldeung bringt, läuft Gefahr, daß ihm derselbe ohne jede Vergütung beschlagnahmt wird. Dergleichen kann jedem Käufer Brennstoff, welcher nicht beim Kohlenamt gemeldet ist und welcher außerhalb der Rationierung gekauft wurde, ohne Vergütung weggenommen werden. Die oben bezeichneten Brennstoffe dürfen, wenn nicht vom Kohlenamt andere Bestimmungen erlassen, nur gegen Brennstoffkarten oder Passquittungen bei der als Lieferant gewählten Firma bezogen werden. Es ist hier nochmals darauf hinzuweisen, daß das Publikum, welches Brennstoff außerhalb der Rationierung kauft, in den meisten Fällen durch Herberberung oder durch falsche Gewichtangaben, wohl auch durch Fälschung gefälschter Wechselscheine geschädigt wird. (Zu dieser Notiz, die uns durch das Magistrats-Vorstand teilt, haben wir folgende Bemerkungen zu machen: Wir haben erfreulicherweise bestimmten Grund zu der Annahme, daß binnen kurzem der Kohlenhändlerhandel und Brennstoffnot keine Rede mehr sein dürfte, sondern daß unsere deutschen Kohlenverarbeiter froh sind, ihre Kohlen los zu werden. Die Schrift.)

Landesausschuh. Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Troops und in Anwesenheit des Regierungspräsidenten Dr. Romm als Vertreter des Oberpräsidenten fand vorerster eine Sitzung des Landesausschusses statt. In derselben wurde u. a. Kenntnis von dem Ergebnis der Wahlen zum Kommunalparlament genommen und aus der nachfolgenden Brandversicherungsanstalt folgende Prämien bewilligt: der Gemeinde Gaudersbach 150 M. für die Beschaffung einer Schiebelleiter, der Gemeinde Kahlenberg 600 M. für die Beschaffung eines Schlauches, der Gemeinde Hmannshausen desgleichen 800 M. und der Gemeinde Dern im Dillkreis neben einem geringen zinslosen Darlehen von 3000 M. 1500 M. für die Beschaffung einer Leiter. Im übrigen handelte es sich in der Hauptsache um persönliche Angelegenheiten.

Kindergartenschließung. Das Magistrats-Vorstand teilt mit: Die Feststände von Kindergartenschließung ohne Knochen und Cornedbeef des städtischen Heilbads kommen Freitag- und Samstagvormittag in der Schloßhofanlage zum Verlauf.

Die Frühjahrs-Geleisenprüfungen finden statt: für Maurer, Zimmerer und Tücher vom 1. bis 15. Mai, für alle anderen Handwerker vom 1. bis 30. April.

Die evangelisch-lutherischen Kollekten. Nicht uninteressant sind die Schüsse, die sich aus dem Ertrag der Kirchenkollekten ergeben. Hier einige Gegenüberstellungen: Es brachte die Kirchenamtlung zusammen des Westdeutschen Jugendbundes insgesamt 2993 M., in Wiesbaden-Stadt 145 M., in Wiesbaden-Land 72.61 M., in Herborn dagegen 724.55 M.; für die Deutsch-evangelische Arbeit in Spanien insgesamt 3282 M., in Wiesbaden-Stadt 165 M., in Wiesbaden-Land 106.41 M., in Herborn 667.24 M.; für die Bezirks-Jugendpflege insgesamt 5805.71 M., in Wiesbaden-Stadt 693.45 M., in Wiesbaden-Land 216 M., in Herborn 671.47 M.; für die Lutherkasse in Wittenberg zusammen 2801.33 M., in Wiesbaden-Stadt 269 M., in Wiesbaden-Land 155.02 M., in Herborn 386.71 M.; für den Hauptverein Wiesbaden der evangelischen Kultur-Kolll-Stiftung insgesamt 6842.85 M., in Wiesbaden-Stadt 898.80 M., in Wiesbaden-Land 397.40 M., in Herborn 1557.02 M.; für die Arbeit der evangelischen Frauenhilfe in den Konfirmandalgebieten Wiesbaden und Frankfurt insgesamt 3657 M., in Wiesbaden-Stadt 286.75 M., in Wiesbaden-Land 163.52 M., und in Herborn 886.98 M. Durchwegs ist die Geheirndigkeit in den Landkreisen höher als in den Stadtgemeinden.

„Ich würde mich nur schwer unter Ihren höheren Breitgraden einleben — figurlich genommen natürlich —, und wie ich einmal bin, würde ich gar so leicht in Ihren Kreisen Anstoß erregen. Sie brauchen eine Frau mit mehr Weltkenntnis und Geschick.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Sanktionen. Das Wort entstammt dem juristischen Sprachgebrauch, hat aber die eigentümliche Bedeutung, die ihm jetzt beigelegt wird, hauptsächlich in der hiesigen Hochsprache entstanden. Sanktion, ein lateinisches Wort, das ursprünglich Weibe bedeutet, hat im Juristendeutsch den Sinn einer Unverletzlichkeitserklärung für ein Gele, indem dadurch Strafen oder andere Rechtsfolgen für Übertretung angedroht werden. Am bekanntesten sind die pragmatischen Sanktionen der Geleichte. Mit dieser Bezeichnung soll im Staatsrecht ein Staatsgrundgesetz festgelegt werden, das für ewige Zeiten unverletzlich ist. So legte Ludwig der Heilige von Frankreich 1269 im Grund zur Freiheit der Gallischen Kirche durch eine pragmatische Sanktion; in eben derselben Form nahm der deutsche König von Mainz 1439 die Beschlüsse des Papstes an. Am bekanntesten ist dann die pragmatische Sanktion Kaiser Karls VI. geworden, der unter diesem Namen 1713 ein Hausgesetz erließ, das später den Landtagen aller österreichischen Länder vorgelesen wurde. In dem Gele wird bestimmt, daß die gefamten österreichischen Staaten für immer unzerlegt zusammenbleiben und auch auf die weiblichen Nachkommen des regierenden Kaisers übergehen sollen. An dieses für unverletzlich erklärte Gele, das keiner Tochter Maria Theresia den Thron erhalten sollte, hat man sich bekanntlich nach seinem Tod wenig gehalten. Dieser Bedeutung eines besonders feierlich erklärten Geleches im älteren Staatsrecht tritt im neueren Staatsrecht eine neue Bedeutung der Sanktion zur Seite. Man versteht darunter die Genehmigung eines Gelechts durch den Souverän oder die gleichbedeutende Körperschaft, und aus dieser Sanktion beruht die rechtsverbindliche Kraft des Geleches. Die Sanktion macht also aus dem Entwurf erst ein wirkendes eigentliches Gele. Einen viel weitergehenden Inhalt hat der Begriff der Sanktion im französischen Recht erhalten. Die Sanktion ist nach der Definition eines französischen Rechtslehrers das Mittel, zum Ruben von Eingestrichenen die Durchführung des Geleches oder eines Kontrahs zu sichern mit Hilfe einer vorgegebenen und vorher verhängten Strafe gegen die

Zur Organisation des nachschlichen Beamtenums. Sämtliche Orte innerhalb des besetzten Gebiets werden, nach einem Ieben vom Reichsgutachterauschuss an ein Beamtenratell ergangenen Bescheid, vom Provinzialverband Rheinland vertreten, da das besetzte Gebiet als solches ein einheitliches Ganzes zur Einleitung gelangt. In welche Teuerungsklasse die einzelnen Orte teils. Festzue kommen, wird sich voraussichtlich erst Mitte März entscheiden.

Schweizer Zahlen von 1910 und 1912. Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet: Frankfurts Einwohnerzahl liegt von 1910 bis 1919 von 409 800 auf 462 000 Seelen. Die Stadt behäftigte 1910 1158 Angestellte, 226 Hilfsarbeiter und 629 Arbeiter, im Jahre 1919 dagegen 2813 Beamte, 1300 Hilfsangestellte und 9175 Arbeiter. Die Gemeindefürkern liegen von 136 v. H. der Staatseinkommensteuern auf 433, das Einkommensteuervoll auf 14 auf 104 Millionen. Das Kriegsanleihevermögen erreichte 1919 mit 25 Millionen seinen Höhepunkt. Die Anleihen betragen 1919 231 Millionen, 1920 332 Millionen, die „Schwebenden“ Schulden, die 1914 nur 18 Millionen betragen, erreichten 1920 die rezeptable Höhe von 225 Millionen, 1910 betragen die Bruttoausgaben der Stadt 127 Millionen, 1920 dagegen 641 Millionen. Das Vermögen der Stadt wuchs von 491 auf 630 Millionen. Die Schulden verminderten sich von 305 v. H. des Steuerolls im Jahre 1910 auf 296 im Jahre 1920. Der Wohnungsbau erforderte 1910 Zuschüsse von 29.5 Millionen, im Jahre 1920 von 16.5 Millionen.

Neuerung im Postverkehr. Eine Postbedeckung wurde bisher jedermann auf Antrag eröffnet. Dann wurde der Antragsteller aufgeführt, 25 M. einzuschlagen. Das Reichspostamt hat jetzt verfügt, daß die Einschlagung schon bei der Stellung des Antrags auf die Eröffnung der Rechnung einzuschlagen ist. Werden Postkästen größeren Umfangs bestellt, so ist die Einschlagung zu erhöhen, wenn die Kosten der Druckarbeiten nicht durch die Stammeinklage gedeckt werden.

Weitere Verteuerung des Zuckers. Aus Berlin wird uns gemeldet: Der Entwurf eines Geleches zur Änderung des Zuckersteuersatzes, dessen Einbringung beim Reichstag der Reichsrat vor einigen Tagen zugestimmt hat, sieht eine Erhöhung des ickonen, seit dem Jahre 1903 geltenden Steuerfußes von 14 M. für 100 Kilogramm Reingewicht inländischen Zuckers auf 100 M. vor. Nachdem die direkten Steuern durch die jüngste Gelegebung bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit ausgebaut worden sind, ist es unvermeidlich geworden, auch indirekte Steuern in erhöhtem Maß zur Deckung des unabsehbaren Geldbedarfs des Reichs heranzuziehen. Während nun vor dem Kriege der Zucker in Deutschland in Prozenten des Kleinverkaufspreises ausgedrückt, mit rund 25 v. H. seines Wertes belastet war, beträgt gegenwärtig die Zuckersteuer nur noch 2 v. H. Nach der geplanten Änderung der Zuckersteuer wird einschließlich der Mehrwertsteuer die Belastung 12.4 v. H. betragen, also prozentual nur halb so hoch sein wie vor dem Kriege.

Opium in Deutschland. Zur Ausführung des internationalen Opiumabkommens gibt es ein besonderes Gele von 1912. Die Reichsregierung hat jetzt dazu Ausführungsbestimmungen erlassen. Die Erlaubnis zur Ein- und Ausfuhr der in Frage kommenden Stoffe und Zubereitungen, zu ihrer gewerbsmäßigen Herstellung und Verarbeitung sowie zum Handel wird nur Personen oder Firmen erteilt, die vorwiegend chemische Stoffe oder Arzneimittel herstellen oder mit ihnen im Großen Handel treiben und ihre Waren nicht unmittelbar an den Verbraucher abliefern. Die Erlaubnis kann Personen erteilt werden, die die Stoffe nachweislich zu wissenschaftlichen Zwecken verwenden wollen. Apotheken dürfen die Stoffe erwerben und auf Grund ärztlicher, zahnärztlicher oder tierärztlicher Verordnung abgeben. Sonst ist für jeden inländischen Erwerb ein Passquittchein notwendig. Für die Ein- und Ausfuhr ist ein Passquittchein nicht auszustellen. Sie ist vielmehr dem Reichsgesundheitsamt anzuweisen. Roborium darf nur über Hamburg, Bremen, Lübeck, Westmünde, Emmerich-Pfien, Vaden, Basel, Bannau und Bodenbach-Teilschen eingeführt werden.

Die Abreisefahrt ist, wie uns aus Mainz berichtet wird, weiter einseitig. Nur vereinzelt finden Verfrachtungen statt. Die Fallschließung sind bereits auf 50 Prozent über den Normaltarif anliegen. Nach den mittelrheinischen Stationen werden von hier aus für den Doppelentner Schuergut 3 M. bezahlt.

Reichs-Turnprüfungen beim Abiturium. Der bekannte Erlass des Ministers Heenrich, wonach bei den Reifeprüfungen an den höheren Lehranstalten in Zukunft auch Turnen als Prüfungsfach gewertet werden soll, hat in den Kreisen der Eltern, Lehrer und sonstigen Erziehungsberechtigten große Erregung ausgelöst. Die zahlreichen Protestkundgebungen, die an das Kultusministerium gelangt sind, haben den Minister jetzt veranlaßt, anzuordnen, daß veruchsmäßig Turnen als Prüfungsfach beim Abiturium nur an 17 höheren Lehranstalten Groß-Berlins und 9 Lehranstalten der Provinz eingeführt werden soll. Nach einem gewissen Zeitraum sollen die hierbei amonneren Erfragen, aus schließlich verarbeitel, dem Ministerium eingereicht werden, um die Frage endgültig zu regeln.

jenigen, die das Gele über den Vertrag verlegen. Das Naturgele hat als Sanktion die Verzögerung und den Verlust für diejenigen, die es verlegen. Die Sanktion der positiven Geleche ist eneralischer, direkter und unmittelbarer zwingend: sie besteht entweder in der Nichtleistungserklärung der Akte, die die Geleche verließen, oder in bestimmten Freiheits- oder Geldstrafen, die diejenigen treffen, die das Gele übertraten. Die Sanktion eines Kontrahs ist also das Recht für den interessierten Teil, die Durchführung des Kontrahs mit Hilfe der Exekutivgewalt durchzusetzen. Man sieht, daß die ermittelte Theorie ziemlich genau ins weltpolitische Leben übertragen werden ist, denn auch die gegen uns verhängten Sanktionen sind Strafmaßnahmen.

Neue Bücher.

Ludwig Thoma: „Der Jagersatz“. (Werner Cotta, München.) Natürlich ist es eine oberdeutsche Geschichte, die Thoma hier erzählt und die den Freunden des Lichters wieder ein paar angenehme Stunden bereiten dürfte. Land und Leute am Tepersee erfahren trotz ihrer Schilderung; die in dem Buche auftretenden Charaktere sind mit feiner, aber nicht verlegender Ironie gezeichnet. Die Abenteuer des Jagersatz, eines frühen Vordchen von gefunder Lebensauffassung, werden in der schlichten Sprache des Landes wiedergegeben, empfänglich, aber ohne Sentimentalität. Auch die kleinen Jagersätze sowie ein Konfession mit dem unermesslichen Wilderer sind spannend und faszinierend geschrieben. * Martin Andersen Nexø: „Die Familie Franck“. (Kornmann Verlag, München.) Der auch in Deutschland, besonders durch seinen Roman „Eine Waisenfrau“, bekannte nordische Dichter ist ein feiner Beobachter, der mit liebevollem Verständnis und tiefer Innerlichkeit das Geleche im Weien einfacher Menschen erfasst und wiedergibt. Auch diesmal hat er wieder den trübseligen Tadel einer einsamen Frau aus dem Volk; erste und förmliche Epochen abgeklaut, die in der trefflichen Übersetzung von Hermann Rie wiedergegeben werden. * Max Wehr: „Frau Maries Gatt“. (Verlag der Buchhändler-Zentralvereinigung, München.) In himmelschöner Schilderung von Menschen und Dingen wird hier das Sommerlebens eines jungen Kompanien erzählt. Ein Buch, dem Kamot und Liebe, Banja und Erfüllung besonders viel verliehen. * Handbuch des guten Tones und der feinen Etikette. Von Konstantin v. Francken. 40. verbesserte Auflage. (Wag Hells Verlag, Berlin W. 13.) Guter Ton und einwandfreies Verhalten sind gerade in unserer Zeit erstrebenswerter denn je. Das so schmackhaft und netterm angelegte Buch behandelt seinen Stoff maßgeblich und erschöpfend. Überall geht Verknüpfung der äußeren Form mit innerer Berechtigung, hies Fasslichkeit mit Herzlichkeit. Ganz in dem Geiste, sein Stand, seine Lebenslage ist unberücksichtigt gelassen. Als beherres Geleche zu Ehren und zur Konfirmation dürfte sich das Buch so besonders eignen.

Das Spiegelbild der Mode zeigen unsere Schaufenster!

Die maßgebenden Neuheiten in sämtlichen Modeartikeln wie:

Putz → Konfektion → Kleiderstoffen → Seidenstoffen etc. etc.

sind in überraschend schöner Auswahl eingetroffen, darunter hochaparte Modelle eigener Schöpfung

Besichtigen Sie unsere lebenswerten Schaufenster!

Bormass Modellsalon I. Stock

Marke „Romeo“

Außergewöhnlich preiswertes Angebot in Schuhwaren!

Solange der Vorrat reicht:

Damen-Hochschaff-Stiefel

95.50 110.50 125.50

Herrn-Stiefel, braun u. schwarz, moderne Form, 240.50, 225.50, 198.50, 155.50, 125.50

Damen-Stiefel 145.50, 125.50, 73.75

Damen-Stiefel, Hochschaff, schwarz, elegante Form, 175.50, 145.50

Damen-Stiefel, Hochschaff, 165.50

Damen-Halbschuhe, moderne Form, 110.50, 75.50

Damen-Spangenschuhe 72.50, 62.50

Weißle Leinenschuhe 48.50

Waldb Kinderstiefel 22/20 36.50

do. 27/30 45.50

Hauschuh 16.50, 15.50, 8.50

Pilzschneallenschuhe mit Flecke 38.50

Strümpfe, schw., braun, weiß, grau, 13.75

Socken 8.50, 7.50

Schuhhaus Romeo

G. m. b. H. Michelsberg 28.

DAMENHÜTE

größte Auswahl eleg. Modelle zu auff. tend. billigen Preisen. Getragene Hüte werden nach neuesten Modellen, die zur Probe vorrätig sind, umgearbeitet und umfassend. Garantie für erstklass. Arbeit bei bill. Berechnung. Putzgeschäft u. Umpresserei, Hellmundstraße 52, 2, nahe Eisner Straße — kein Laden.

Billig! Achtung! Billig!

Leiser Voll-Golte für Kommunionkleider, prima Qual. Lina Kiefer-Buschardt, Pöhlmer Straße 42. Pöhlmer Straße 42.

Thalia-Theater

Klosterstraße 72. Telephone 6137.

Heute letzter Tag!

Harry Piel

in dem gekühtigen Abenteuer-Drama

Die Luftpiraten.

Hoheit auf der Walze.

Carlchen-Lustspiel in 4 Akten mit Carl Victor Piage. Spielzeit: 3 bis 10 1/2 Uhr.

Rutscher-Verein Wiesbaden. Samstag, den 12. März 1921, abds. 7 1/2 Uhr: **Abendunterhaltung** mit großem Festball im Saale der Turnhalle, Hellmundstr. 25. Der Vorstand.

WALHALLA



Der Mann ohne Namen Sensationsfortsetzungsfilm in 6 Teilen

nach dem Roman Peter Wolf der Millionendieb von Oswald Gerhard Seelig

In den Hauptrollen:

Harry Liedtke Mady Christians

Erich Kaiser-Titz, Edith Meller Georg Alexander, Manja Tzaischewa.

Die Aufnahmen wurden in den entferntesten Gegenden der Erde gedreht.

Erster Teil:

Der Millionendieb.

Kinephon

Lyda Salmonova als Solotänzerin des künstlerischen Balletts in

Urlaub vom Tode (Malaria). Drama in 5 Akten.

Er oder Er. Entrückendes Lustspiel mit Gerhard Dammann.

Erstklassige Künstlerkapelle.

Turngesellschaft Wiesbaden J. B. Einladung zur Mitglieder-Versammlung am Samstag, den 19. März 1921, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Tagesordnung: 1. Bericht der Rechnungsprüfungskommission, 2. Entlassung des Rechners, 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand: Eduard Hansohn, Vorsitzender.

Walhalla-Restaurant

Jeden Tag, ab 7 Uhr: 2 Kapellen!

Tiroler Damen-Kapelle und Jazzband.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Strümpfe

werden angestrickt, 3 Mk. Annahme morg. b. 1 Uhr. Abt. im Tagel. Berl. Kh.

Urania

30 Bleichstr. 30 Auf vielseitigen Wunsch!

Die Benefiz-Vorstellung der vier Teufel

Gutes Beiprogramm. Wochentags ab 4 Uhr. Sonntags ab 3 Uhr.

U.T.

Heute letzter Tag! Gesprengte Ketten.

III. Teil Der Held und der Bandit. 6 Akte.

Rhenania

Schwaibacher Str. 7

Heute letzter Tag! „Corboy-Gentlemen“.

In der Hauptrolle: Tom-Mix sowie das lustige Beiprogramm.

Monopol

Zwei spannende Erst-Aufführungen!

Die Geschwister Morelli.

Variété-Drama in 5 Akten.

Geistertanz. Detektiv-Drama in 4 Akten.

Künstler-Musik: Anfang 4 Uhr.

ODEON

Stuart Webbs

in seinem neuesten Abenteuer

Die weiße Rose.

Sensat. Enthüllungen eines Detektivs.

Fürstenliebe. Schauspiel in 5 Akten mit Thea Sandten und Janna Szyling vom Dramatischen Theater Warschau.

Kammer-Lichtspiele

Mauritiusstr. 12, T. 511

Aschermittwoch

Ein Spiel von „Kabale und Liebe“ in 5 Akten von Dr. Joh. Brandt.

In der Hauptrolle: Biella Moja

Nachthetrieb. Lustspiel in 2 Akten m. Rudi Oehler.

Devacurin

Bonbons expulieren den Stauung.

Schützenho - Apotheke, Langgasse 11.



ERNST SCHELLENBERG 97 Burgstr. 14

Größte Auswahl Beste Marken in Friedenstaube als Mässige Preise

Theater

Staats-Theater.

Freitag, 11. März

27. Vorstellung Abonnement D. Etrindberg-Abend. In Szene gesetzt von R. Sch. Paris. (Ein Akt.)

Herr X... Dr. Paul Gerberde Herr Y... Walter Steinbock Mutterliebe. (Ein Akt.)

Die Mutter... Margu Ruhn Die Tochter... Marietheres Die Besen... Helga Reimers Gerberde... M. Doppelhaas

Mit dem Feuer spielen. (Romäne in 1 Akt.) Der Vater... Max Andriana Die Mutter... Margu Ruhn Der Sohn... Bernd Herrmann Die Frau... Julia Beres Der Freund... Walter Steinbock Die Gouche Emma Sonnemann Anfang 7, Ende nach 8 1/2 Uhr.

Residenz-Theater

Freitag, 11. März

Konzert: Drehten Heinz Herr, Wiesbaden.

Spiel: Irene Trisch, Berlin und Wollweber des Frankfurt Schauspielhaus.

Hofmorsholm.

Schauspiel in 4 Akten von Herrit Olsen. Gefährlich! Die Dama. Irene Trisch, Heila Reall. Die Herren: Sirbur Bauer, Rad Giert, Hans-Rerting, Heila, Wied. Anfang 7, Ende 1 1/2 Uhr.

Kurhaus-Konzerte

Freitag, 11. März

Abonnements-Konzerte. Klavierkonzerte Karorororor. Leitung: H. Irmer, städt. Kurkapellmeister.

Nachmittags 4 bis 5.30 Uhr. 1. Ouvertüre zur Oper „Ein Sommernachtsstraum“ von A. Thomas.

2. Nocturno von S. Jadszoha. 3. Variations und Marsch aus op. 9 von L. v. Beethoven.

4. Ballettmusik aus „Gioconda“ von A. Ponchielli. 5. Vorspiel zur Oper „Narodni“ von O. Dorn.

6. Fantasie „Das Glückchen des Eremiten“ von Mal Jart. 7. Zum Rendez-vous, Marsch von F. v. Bon.

Abends 8 bis 9.30 Uhr. 1. Ouvertüre zur Oper „Trovata“ von G. Verdi. 2. Chor der Friedensboten aus „Rienzi“ von R. Wagner.

3. Fest-Polonaise von Lassen. 4. Andante cantabile von F. Tschaiowsky. 5. Ouvertüre zur Oper „Oberon“ von C. M. v. Weber. 6. Sarys: Polka und Variations aus „Coppelia“ von L. Delibes. 7. Fantasie aus der Oper „Undine“ von A. Lortzing.